

Stellungnahme der Braunschweiger Jusos zur AGENDA 2010

5

„Gerade wer das Bewahrenswerte bewahren will, muss verändern, was der Erneuerung bedarf.“

- 10 Die Jusos im Unterbezirk Braunschweig haben die gravierenden wirtschafts- und
strukturpolitischen Probleme, mit denen wir in Deutschland momentan kämpfen, erkannt.
Die jüngst veröffentlichte Steuerschätzung, wonach bei Bund, Ländern und Kommunen bis
zum Jahr 2006 mit Einnahmeausfällen in der mehr als dramatischen Größenordnung von circa
126 Milliarden Euro zu rechnen ist, lässt die Rufe nach einer Neuorientierung der
15 Staatsaufgaben zurecht immer lauter werden.

- Die Verabschiedung von der antizyklischen Wirtschafts- und Strukturpolitik hat bewirkt, dass
wir massiv über unsere Verhältnisse gelebt haben. Profitiert haben hier von allerdings verstärkt
einseitig Interessengruppen in der Wirtschaft. Was für private Haushalte selbstverständlich ist
– in Zeiten des Wohlstandes für „härtere“ Zeiten zu sparen – wurde massiv Wahlgewinnen
geopfert. Sozialstaat muss heute also stärker im Sinne von mehr Generationengerechtigkeit
20 verstanden werden. Grundpfeiler, wie die Solidarität untereinander, Einstehen für den
Schwächeren in unserer Gesellschaft sind für uns selbstverständlich.

- 25 Die Jusos im UB Braunschweig stellen sich der Realität und fördern deshalb die von Gerhard
Schröder initiierte Agenda 2010 – allerdings nicht vorbehaltlos.

- Wir fordern den Kanzler auf, seinen politisch visionslosen Schlingerkurs aufzugeben und mit
der Partei nicht den „Exodus ans rechte Ufer“ durch den Ausverkauf sozialdemokratischer
30 Grundwerte zu betreiben. Was wir brauchen sind Perspektiven!

- 35 I. „Wir müssen längst überfällige Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft rasch und
entschlossen anpacken. Wer auch morgen sicher leben will, darf keine Angst vor
Veränderungen haben.“

- In der ersten Legislaturperiode unter rot-grüner Führung ging es, von der Zuwanderung bis zur
40 Homoehe, vor allem um Gesellschaftsreformen. Nun rückt im Zuge von Massenarbeitslosigkeit,
Demografie und Beitragsexplosion der Umbau des Wohlfahrtsstaates in das Zentrum der
politischen Agenda. In diesem Zusammenhang muss natürlich geklärt werden, in wie fern eine
Umstrukturierung des Sozialstaates nicht auch gleichzeitig Gesellschaftsreform ist. Um bei der
Neustrukturierung erfolgreich zu sein brauchen wir eine einheitliche Vorstellung von der
45 Zukunft des deutschen Sozialmodells. Zentrale Frage der Jusos – und das nicht nur im
Unterbezirk Braunschweig – ist, wie wir in Zukunft leben und arbeiten wollen – nicht müssen.

- Wir wollen den aktivierenden Sozialstaat. Das bedeutet, Reformen am Arbeitsmarkt
durchzusetzen, die darauf zielen, eine schnellere Eingliederung in Arbeit zu erreichen. Die
50 geplante Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II ist dabei
ein erster Schritt zu mehr präventiv wirkender Arbeitsmarktpolitik. Dies begrüßen wir
ausdrücklich. Eine Niveauabsenkung des Arbeitslosengeld II auf den Level der vorigen
Sozialhilfe lehnen wir allerdings entschieden ab. Des Weiteren unterstützen wir die
Neuregelung des Arbeitslosengeldes, wonach unter 55jährige 12 Monate Leistungen beziehen
55 und über 55jährige 18 Monate lang. Grundlage dieser Unterstützung muss aber eine

Gewährleistung der Bundesregierung sein, dass den über 55jährigen Perspektiven für Beschäftigung eröffnet werden, und zwar vom ersten Tag der Arbeitslosigkeit an. Es muss dafür gesorgt werden, dass besonders ältere Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Hinterfragt werden kann, welche Arbeit besonders für junge Menschen zumutbar ist, und ob jungen Menschen – bei selbstverständlich entsprechender Förderung – nicht eine kürzere Zahldauer (z.B. 6 Monate) des Arbeitslosengeldes I zugemutet werden kann. Dies soll allerdings lediglich zum Nachdenken anregen und stellt noch keinen ausformulierten Vorschlag dar. Problematisch sind im Kontext der Verkürzung des Leistungstransfers besonders strukturschwache Gebiete. Die beispielhafte Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den Arbeitgebern und politisch Handelnden sollte auf andere Gebiete übertragen werden. Jede Region hat individuelle Stärken, die sie bündeln und geeint nach Außen kommunizieren muss.

II. „Zukunftsgestaltung bedeutet auch Mut zum Risiko, damit wir unsere Chancen nicht verstellen.“

Besitzstandswahrung ist hier das falsche Signal. Gerade vom Lager der Besitzenden wird jegliche Reform reflexartig abgelehnt. Deshalb ist es in der Partei mehr denn je notwendig zu überlegen, was soziale Gerechtigkeit für uns bedeutet. Von einigen Lagern wird die Frage gestellt, wie gerecht es sei, beispielsweise den Kündigungsschutz, wie es die rot-grüne Koalition 1998 getan hat, zu verschärfen und damit die Sicherheit der Jobbesitzer zu erhöhen. Als Argument wird angeführt, dass dadurch auch die Chance auf Rückkehr in Erwerbsarbeit für viele Arbeitslose geringer wurde. Die Agenda 2010 versucht, in diesem Punkt Lösungsansätze zu geben.

Unsere Aufmerksamkeit muss denjenigen gelten, die aus den Sozialsystemen herausfallen. Wir müssen uns auf die Seite der Jungen, der Arbeitslosen, der Kranken; auf die Seite der Alleinerziehenden, der Frauen, der Eltern und auch Alten schlagen. Wir können es uns nicht mehr leisten im Namen der Schwachen, die Privilegien verschwindend geringer Einzelgruppen mit ungeheurer Lobbymacht zu bedienen.

III. „Soviel sich auch ändert: Die Grundsätze des Sozialen in dieser Gesellschaft werden wir verteidigen.“

Neben der eher grundsätzlichen Diskussion über eine Art Neudefinition des Begriffs Soziale Gerechtigkeit innerhalb der Sozialdemokratie, geht es in der Agenda 2010 darum, die soziale Sicherung jetzt zukunftsfest zu machen. Dies muss insbesondere im Interesse nicht nur der Jusos, sondern aller jungen Menschen in Deutschland, liegen. Deshalb ist zuvorderst zu konstatieren, dass die Finanzierungslogik unseres Sozialsystems aus dem Industriezeitalter stammt – als Arbeitskosten gering, menschliche Arbeitskraft selbstverständlicher Produktionsfaktor, der Einstieg ins Berufsleben früh und der Ausstieg spät erfolgte. Um diese Logik im Angesicht unserer heutigen Dienstleistungsgesellschaft zu durchbrechen, hat die Bundesregierung mehrere Sachverständigenkommissionen eingesetzt. In deren Planspielen hat das Prinzip der Eigenvorsorge Zentralcharakter. Ein sozialpolitisches Zauberwort, das viele in unserer Partei nachplappern ohne überhaupt zu wissen, wie sehr die Grundfesten der Sozialdemokratie dadurch erschüttert werden. Die Privatvorsorge ist zwar bezüglich demografischer Entwicklungen unschädlich für den Faktor Arbeit, als unsolidarisch muss sie dennoch entlarvt werden. Zudem ist für die erfolgreiche Eigenvorsorge ein positives wirtschaftliches Umfeld nötig, was sie ähnlich unsicher macht wie unser heutiges beitragsfinanziertes Sozialsystem. Als Alternative fordern wir die von Hans Eichel vorgeschlagene Volksversicherung, in die alle Erwerbspersonen und alle Einkommensarten solidarisch in die Sozialversicherungssysteme einzahlen. Eine Finanzierung, die auf eine breitere – alle Einkommensarten umfassende - Basis gestellt wird, entlastet den Faktor Arbeit entscheidend!

Hier erwarten wir auch einen Beitrag der Vermögenden! Die Diskussion um die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ist für uns irreführend. Vielmehr sollten wir uns Gedanken darüber machen, generell eine Luxussteuer auf hochpreisige Waren zu erheben. „Wer 3000,- EUR für einen Brilli ausgibt, kann auch 3500,- zahlen.“

5

Das Tabuthema Erbschaftssteuer sollte aus unserer Sicht angepackt werden. Hohe Erbschaften sollten dementsprechend höher besteuert werden.

10 Auch die sofortige Entlastung unterer und mittlerer Einkommen macht Sinn, um die Binnennachfrage - eines der Kernprobleme der heutigen wirtschaftlichen Schieflage – entscheidend zu verbessern. Die breite Masse der Bevölkerung benötigt mehr Geld im Portmonee. Hier muss natürlich Sicherheit gelten. Geschadet haben hier öffentliche Steuerdiskussionen von Einzelpersonen. Nur wer sich seines Geldes sicher ist, wird es auch ausgeben. Dies kann natürlich nicht von heute auf morgen geschehen, sondern ist ein nachhaltiger Prozess. Die Reduzierung des Spitzensteuersatzes sollte in der jetzigen Form überdacht oder um ein paar Jahre verschoben werden. Der von der Union und aus Krisen der Wirtschaft immer wieder geforderte – aber immer blockierte – Subventionsabbau muss endlich entschieden durchgeführt werden. Allerdings nicht nach der Rasenmähermethode, sondern nach Volkswirtschaftlichem Nutzen

20

IV. „Es gibt in unserem Land unendlich viel Sachverstand, der darauf wartet, genutzt zu werden. Wir sollten mitunter der Gesellschaft mehr vertrauen als dem Staat.“

25 Beschäftigen wir uns mit der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, spielen Mittelstand und Handwerk unter Beschäftigungsaspekten eine entscheidende Rolle. So wird eine Liberalisierung des Handwerksrechts einen großen Gründungs- und Beschäftigungsimpuls nach sich ziehen. Es wird beispielsweise ermöglicht, dass ein deutscher Handwerksgehilfe mit zehnjähriger Berufserfahrung (davon fünf in leitender Funktion) sich auch als selbständiger Handwerker niederlassen kann. Ein solcher Betriebsgründer muss nicht selbst Meister seines Berufes sein. Er muss lediglich einen Meister einstellen. So sorgt die Agenda 2010 dafür, dass unnötige Marktzugangsschranken fallen. Den berechtigten Einwänden z.B. der IHK bzgl. der Qualitätssicherung muss allerdings Rechnung getragen werden. In Gesundheitsgefährdenden Bereichen, wie im Sektor der Nahrungsmittelproduktion, kann auf einen Meisterbrief nicht verzichtet werden.

35

V. „Wir müssen die großen Chancen der Globalisierung betonen und nutzen und uns nicht durch ständiges Lamento lähmen.“

40

Eine Neujustierung des SPD-Parteiprogramms von Godesberg ist in der momentan schweren Wirtschaftskrise dringend erforderlich. Nur so kann adäquat auf die drängenden Globalisierungsfragen reagiert werden. Seinerzeit in Godesberg haben wir uns von der Planwirtschaft zugunsten der sozialen Marktwirtschaft entschieden und unser Programm dementsprechend modifiziert. Dieser Prozess war für viele schmerzhaft. Das neu zu entwickelnde Programm darf Globalisierung und Ausdehnung der freien Marktwirtschaft allerdings nicht als Naturereignis anerkennen. Vielmehr muss versucht werden, den entfesselten Kräften des momentan unkontrollierbaren Kapitals entgegen zu wirken. Kapitalismus ist vom Menschen gemacht. Also kann er auch von Menschen eingedämmt werden. Anspruch der Jusos und eigentlich aller sozialdemokratisch orientierter Gruppen kann nur sein, Alternativen zu entwickeln und nicht, wie oft propagiert, das kleinere Übel zu wählen. Wir müssen Globalisierung gestalten.

45

50

55

Innovation, Wachstum, Arbeit, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit sind hier das Fundament.

VI. „Wir wollen, dass vor allem junge Menschen wieder gespannt sind auf morgen und neugierig auf das, was die Zukunft bringt.“

5 Auch in diesem Jahr werden wieder rund 140.000 Ausbildungsplätze fehlen. Für uns ist eine „Berufskarriere“ von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit unerträglich. Bloße Absichtserklärungen der Wirtschaft reichen nicht aus, wie die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen. Den ständigen Ankündigungen des Kanzlers die Umlagefinanzierung einzuführen, wie zuletzt in der Agenda 2010, müssen endlich Taten folgen.

10 Deshalb fordern wir mit sofortiger Wirkung eine Gesetzesinitiative der Bundesregierung zur gesetzlichen Ausbildungsumlagefinanzierung, damit schon zum Beginn des nächsten Ausbildungsjahres ausreichend Ausbildungsplätze angeboten werden. Überprüft man erst zum 30.09.2003, ob die Wirtschaft nicht ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt hat, so ist ein weiteres Ausbildungsjahr verloren, ohne dass Besserung in Sicht wäre. Wir haben
15 schon zu lange auf Kosten der Jugendlichen gewartet.

VII. „Deutschland braucht endlich wieder eine glaubwürdige Führung, die sich nicht im ‚weiter so‘, im einseitigen Verteilen von Lasten und im konzeptionslosen Durchwursteln erschöpft.“
20

Bezüglich der Agenda 2010 sind wir uns alle einig, dass die darin beschriebenen Maßnahmen nur die Basis der zwingend notwendigen Strukturreformen bilden. Somit bildet die Agenda höchstens einen Einstieg in das strukturpolitisch Erforderliche. Es ist die Aufgabe der Jusos, neben der nachvollziehbaren Kritik, u. a. am Führungsstil von Gerhard Schröder, diesen Ansatz
25 aufzunehmen und für soziale Ausgewogenheit Sorge zu tragen. So können wir eigene Konzepte einbringen und unsere Zukunft aktiv mitgestalten.

VIII. „Wer in der Regierungsverantwortung bleiben will, braucht das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger.“
30

Deshalb muss endlich ein ROTER Faden aufgenommen werden. Dieser ROTE Faden muss eine Vision von einer besseren Gesellschaft enthalten, an der sich sozialdemokratische Politik orientiert. Diese Politik muss für den einzelnen Bürger nachvollziehbar sein. Seitensprünge,
35 augenscheinliche Widersprüche zum eigenen Wahlprogramm, für das wir den Wählerauftrag erhalten haben, tragen weder zu Glaubwürdigkeit und schon gar nicht zum Machterhalt bei.

Was wir brauchen, ist kein kurzfristiges Programm, das Sozialleistungen kürzt und Unsicherheiten in der Bevölkerung aufbaut, sondern eine Agenda für unsere Zukunft – ein
40 nachhaltiges Programm auch für die Zukunft der jungen Generation – also eine Agenda 2030/40. Diese Agenda kann nur auf der Grundlage einer wie oben beschriebenen Vision verfasst werden.

45 Es ist Zeit zu handeln!

50

